



Ratsfraktion Oldenburg

Altes Rathaus, Markt 1 (Zimmer 4), 26105 Oldenburg, Tel.: 0441-2352686, Mail: cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de

ViSdP: Dr. Esther Niewerth-Baumann / Christoph Baak, Redaktion: Oliver Bloch/Ratsperiode 2021-2026, Ausgabe 11

Ratsreport – Juni 2024



Aufstellung für die nächsten zweieinhalb Jahre: Die CDU-Fraktion vor der Ratssitzung Ende Mai.

Bild: Sylvia Eilers

Mit Doppelspitze in die zweite Halbzeit

Mit ihrer Doppelspitze geht die CDU-Fraktion Oldenburg auch in die zweite Hälfte der aktuellen Ratsperiode. In der turnusgemäßen Wahl bestätigte die Fraktion ihre beiden Vorsitzenden Dr. Esther Niewerth-Baumann und Christoph Baak einstimmig. Somit wird sich das Duo weiterhin den Vorsitz teilen.

„Die Arbeitsteilung hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Wir freuen uns, dass die Fraktion das auch so sieht und starten mit Elan in die zweite Halbzeit“, kommentierten Niewerth-Baumann und Baak ihre Wiederwahl. Im Amt bleiben auch die beiden Stellvertreter Petra Averbeck und Olaf Klaukien sowie Hans-Georg Heß als Kassenwart.

Auch in den nächsten zweieinhalb Jahren will die Fraktion ihre Rolle als stärkste Oppositionskraft im Rat konstruktiv ausfüllen. „Themen gibt es genug. Wir werden uns vor allem für die Stärkung der Innenstadt und eine ideologiefreie Verkehrspolitik einsetzen“, kündigte das Führungsduo an.

Stefan Menke kehrt zurück



Neues, bekanntes Gesicht:
Stefan Menke Bild: CDU

Zudem freut sich die Fraktion über die Rückkehr von Stefan Menke. Der 36-Jährige hat den Ratssitz von Hendrik Klein-Hennig übernommen, der sein Mandat im April niedergelegt hatte. Menke gehörte der Fraktion bereits von 2016 bis 2021 an. Seine Ernennung erfolgte in der Ratssitzung am 27. Mai.

Der selbstständige Elektrotechnikermeister aus dem Wahlbezirk IV (Nordost) gehört ab sofort den Ausschüssen Soziales, Umwelt und Integration an. „Wir kennen und schätzen Stefan Menke als zuverlässigen Kommunalpolitiker, den wir gerne wieder in unseren Reihen begrüßen“, sagten die beiden Fraktionsvorsitzenden nach der Ernennung.

Grundschule Wechloy: Nachsitzen für bessere Lösung



Grundschule im Grünen: Über den künftigen Standort wird
aktuell heftig diskutiert. Bild: Oliver Bloch

Keine überzeugenden Argumente und viele ungeklärte Fragen: Der von der Verwaltung vorgeschlagene Neubau der Grundschule Wechloy an der Theodor-Heuss-Straße fand im Schulausschuss bei den zahlreich erschienenen Eltern und großen Teilen der Politik wenig Akzeptanz. Auch die CDU-Fraktion hat sich eindeutig gegen die Pläne positioniert. Schließlich wurde die Entscheidung im Ausschuss auf die Zeit nach den Sommerferien vertagt.

„Die Verwaltung hat mit Hinweis auf Fördergelder in diesem Frühjahr einen unnötigen Zeitdruck aufgebaut“, kritisierte Dr. Esther Niewerth-Baumann: „Eltern und Lehrer sind extrem verunsichert, da sie sich von der Stadt schlecht informiert fühlen.“

Den Kritikern geht es laut CDU-Fraktion nicht darum, Veränderungen wie die Einführung der Zweizügigkeit oder auch einen möglichen Umzug zu verhindern. „Doch die Art und Weise, wie der umstrittene Standort Theodor-Heuss-Straße gegen Bedenken von Schule und Eltern durchgedrückt werden sollte, kann so nicht akzeptiert werden“, sagte Niewerth-Baumann.

Dabei geht es vor allem um die relativ kleine Fläche sowie deren Verkehrsanbindung. „Es ist nicht schlüssig, wie auf so engem Raum ein so anspruchsvolles offenes Modellkonzept nach Beispiel der geplanten Fliegerhorst-Schule umgesetzt werden soll“, bemerkte die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, Annika Eickhoff.

Auch die Lage zwischen Gymnasium Eversten und Oberschule trage den Bedürfnissen der Grundschulkinder keineswegs Rechnung. Alle drei Schulen zusammengerechnet würden von

insgesamt rund 1900 Schülerinnen und Schülern besucht. „Dann ist jeden Morgen ein Verkehrschaos vor Ort programmiert und vor allem die Sicherheit der kleineren Kinder gefährdet“, befürchtet Eickhoff.

Die bisherigen Antworten der Verwaltung sind nach Meinung der CDU-Fraktion jedenfalls unzureichend. Gefragt sei stattdessen ein durchdachter Vorschlag für den gesamten Stadtwesten, der die Entwicklung an den Grundschulen Bloherfelde und Staakenweg sowie am Schulcampus Eversten einbeziehe. In Frage kämen auch Ausbau und Sanierung im Bestand am Kückersweg, resümierte Eickhoff: „Eine gute Lösung erfordert mehr Zeit. Veränderungen im Hau-Ruck-Verfahren sollten hingegen nicht Schule machen.“

Parkgebühren: CDU beantragt Auswertung



Parken ist deutlich teurer geworden. Die Fraktion fordert eine zügige Auswertung der Erhöhung.

Bild: Oliver Bloch

Welche Folgen hat die drastische Erhöhung der Parkgebühren auf die Oldenburger Innenstadt und die Wochenmärkte? Keine guten, ahnt die CDU-Ratsfraktion und hat daher eine entsprechende Auswertung für die zweite Jahreshälfte beantragt. Bis die Ergebnisse feststehen, wollen die Christdemokraten weitere Erhöhungen aussetzen.

3

„Viele Geschäftsinhaber beklagen seit Monaten einen spürbaren Rückgang der Kundenfrequenz aufgrund der hohen Parkgebühren“, begründete der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak. Leidtragende sind demnach auch die Besucher aus dem Umland, die auf eine gute Erreichbarkeit des Stadtzentrums angewiesen sind, zumal Alternativangebote – wie ein attraktives Park+Ride-System – in Oldenburg fehlen.

Noch vor der Verabschiedung des umstrittenen Mobilitätsplans hatte die grün-rote Ratsmehrheit gegen die Stimmen der CDU im Februar 2023 eine stufenweise Erhöhung der Parktarife bis 2027 beschlossen. Erstmals wurden die Gebühren am 1. Juni 2023, in einem zweiten Schritt zum 1. Januar 2024 erhöht. Eine Stunde Parken in der Innenstadt (Zone 1) kostet inzwischen 2,80 Euro, ab 2025 dann laut Stufenplan 3,60 Euro. „Das ist geschäftsschädigend für Kaufleute und Marktbesucher“, kritisierte Baak. Im Verkehrsausschuss hat nun auch die Verwaltung eine Auswertung angekündigt.

Parkschein per Handy buchen

Um eine sekundengenaue Abrechnung der Parkgebühren zu ermöglichen, hat die CDU-Fraktion zudem die Idee der bargeldlosen Zahlung über eine Smartphone-App ins Gespräch gebracht. „Da die Tarife erheblich gestiegen sind, ist die Einführung von flexiblen Parkgebühren mit sekundengenaue Abrechnung unumgänglich“, sagte Baak. Hierbei wird nur für das tatsächliche Parken bezahlt und der Vorgang kann bequem verlängert oder gestoppt werden, erläuterte der Fraktionsvorsitzende und verwies auf andere Städte, die bereits darauf

zurückgreifen: „Smart-Parksysteme gehören zu einer modernen Stadt und bieten den Bürgerinnen und Bürgern Zeit- und Kostenersparnis, was wiederum die Aufenthaltsqualität in der Stadt verbessert.“ Das hat offenbar nun auch die Verwaltung erkannt und führt nach eigenem Bekunden Gespräche mit einem Anbieter.

Bewohnerparken

Auf Unverständnis der Fraktion ist die Idee der Verwaltung einer Bewohnerparkzone im Haareneschviertel gestoßen. „Offenbar hat hier niemand an die Unternehmen und Dienstleister sowie deren Mitarbeiter gedacht“, kritisierte Fraktionschef Baak. Allen voran die Beschäftigten des Evangelischen Krankenhauses nutzen die Parkplätze im Quartier. Sie müssten tief in die Tasche greifen oder weite Wege in Kauf nehmen, sollten die Pläne umgesetzt werden. „Wir als CDU-Fraktion haben die Arbeitgeber im Quartier auf die Situation aufmerksam gemacht und Gespräche mit ihnen geführt“, sagte Baak. Letztlich wurde der Beschluss im Verkehrsausschuss wegen der vielen ungeklärten Fragen vertagt.

Fraktion fordert: Bezahlkarte zügig einführen

Die möglichst schnelle Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber in Oldenburg hat die CDU-Fraktion in einem Antrag für den Integrationsausschuss gefordert. Konkret sollte die Verwaltung beauftragt werden, beginnen. „Wir halten die weniger Geld aus staatlicher Herkunftsländer überwiesen die Chance, die reduzieren“, begründete der



Bezahlkarte statt Bargeld.
Bild: Tony Hegewald/Pixelio.de

Raschke die Initiative. Denn die der Bezahlkarte bis auf ein
Zudem könne damit der Verwaltungsaufwand gesenkt werden.

zügig mit der Vorbereitung zu Einführung für richtig, damit Unterstützung in die werden kann. Damit besteht Schlepperkriminalität zu sozialpolitische Sprecher Klaus Bargeldauszahlung werde mit „Taschengeld“ eingeschränkt.

4

Der Ausschuss hat das Thema zunächst jedoch vertagt, da es laut Verwaltung bislang noch keine Vorgaben vom Land gibt. Das ist erstaunlich, denn bereits im November hatten sich Bund und Länder – unter Beteiligung Niedersachsens – darauf verständigt, Asylbewerbern einen Teil ihrer Leistungen nur noch auf einer Bezahlkarte zu gewähren. Im Frühjahr einigte sich die Ampel-Koalition in Berlin auf eine Gesetzesgrundlage. „Das Vorhaben sollte jetzt auch zügig umgesetzt werden“, forderte Raschke.

Die CDU-Fraktion wünscht allen einen entspannten und erholsamen Sommer sowie eine schöne Ferienzeit!

